



Dr. Martin Pabst ist selbstständiger Politikwissenschaftler in München mit Schwerpunkt Subsahara-Afrika. 2008 erschien in der Beck'schen Reihe „Länder“ (C.H. Beck Verlag) sein Buch „Südafrika“ in Neuauflage.

## DER SÜDSUDAN VOR DER UNABHÄNGIGKEIT

**JUBEL VOR ORT, ENTTÄUSCHUNG IM NORDSUDAN, BESORGNIS WELTWEIT**

*Martin Pabst*

Nach der überwältigenden Zustimmung in einer Volksabstimmung soll am 9. Juli im Südsudan ein neuer Staat proklamiert werden. 55 Jahre nach seiner Unabhängigkeit wird der Sudan damit in zwei Teile zerfallen, und die regionalen Kräfteverhältnisse müssen neu austariert werden.

Mit der Entlassung des Sudans in die Unabhängigkeit hatte am 1. Januar 1956 die Entkolonialisierung in Subsahara-Afrika begonnen. Schnell stieg die Zahl neuer Staaten an. Die 1963 gegründete Organisation Afrikanischer Einheit war bemüht, den Zerfall in Kleinstaaten zu vermeiden, und sprach sich ein Jahr nach ihrer Gründung für die Beibehaltung der Kolonialgrenzen aus. Auch die Supermächte und die ehemaligen Kolonialmächte fürchteten eine unkontrollierbare Destabilisierung und stützten die territoriale Integrität der Nachfolgestaaten, selbst wenn inzwischen diktatorische Regime regierten, die bestimmte Ethnien diskriminierten und periphere Regionen benachteiligten.<sup>1</sup> Bis 1990 verlief kein Sezessionsversuch erfolgreich. In diesem Jahr wurde die Entkolonialisierung Subsahara-Afrikas mit der Aufnahme Namibias als 151. Mitglied in die Vereinten Nationen abgeschlossen.

1 | Wenige Ausnahmen bestätigen die Regel. So förderte Belgien von 1960 bis 1963 maßgeblich die Abspaltung Katangas vom Kongo, und Frankreich unterstützte in den Jahren 1967 bis 1970 mit verdeckter Militärhilfe die Trennung Biafras von Nigeria. Beide Sezessionen erhielten durch die europäische Unterstützung Auftrieb, wurden schließlich jedoch von den Zentralregierungen niedergekämpft.

Die im Ost-West-Konflikt weitgehend von außen aufrecht erhaltene Stabilität war nun freilich passé. Die internationale Staatengemeinschaft muss sich in Subsahara-Afrika heute mit „gescheiterten Staaten“, Aufständen und Bürgerkriegen, Ressourcenplünderung, massiven Menschenrechtsverletzungen, Piraterie und auch Sezessionen befassen. 1991 erklärte sich Somaliland für unabhängig von Somalia. Heute ist es ein De-facto-Staat, der auf seine diplomatische Anerkennung wartet. 1993 spaltete sich Eritrea nach einem international anerkannten Referendum von Äthiopien ab. Nun ist auch der als erster Staat in die Unabhängigkeit entlassene Sudan von einer Sezession betroffen. Nach langem Kampf trennt sich der schwarzafrikanische, von Christen und Animisten dominierte Südsudan vom arabisch-islamisch geprägten Nordsudan. Der größte Staat Afrikas (2,5 Millionen km<sup>2</sup> und 39 Millionen Bürger) wird damit 620.000 km<sup>2</sup> seines Territoriums, rund neun Millionen Einwohner, drei Viertel seiner Ölreserven sowie fruchtbare Ackerbau- und Weideregionen verlieren.

**Nun ist der als erster afrikanische Staat in die Unabhängigkeit entlassene Sudan von einer Sezession betroffen. Er verliert damit rund neun Millionen Einwohner.**

Mit großer Sorge blickt die internationale Gemeinschaft auf die Entwicklungen im Sudan. In kurzfristiger Perspektive wird befürchtet, dass der Norden die verlustreiche Abspaltung mit Waffengewalt unterbinden könnte. Mittelfristig drohen in beiden Nachfolgestaaten Destabilisierung, im schlimmsten Fall sogar weitere territoriale Desintegration. Schließlich fürchtet die internationale Gemeinschaft die langfristigen Folgewirkungen der Abspaltung des Südsudans. Werden Sezessionsbestrebungen im Nordosten und anderen Teilen Afrikas ermuntert? Wird sich die Trennlinie zwischen dem schwarzafrikanischen und dem arabisch-muslimischen Afrika verstärken? Werden Dschihadisten die Entwicklungen im Sudan für ihre Zwecke instrumentalisieren und Subsahara-Afrika zu einem bevorzugten Kampffeld machen?

### **NORD VERSUS SÜD – DAUERKONFLIKT DER SUDANESISCHEN GESCHICHTE**

In Khartum spricht man enttäuscht von der „Sezession“ des Südens. Nicht wenige Nordsudanesen vermuten dahinter eine vom Westen angezettelte Verschwörung –

eigene Verantwortung für diese Entwicklung will kaum jemand einräumen. Hingegen feiern die Südsudanesen ihre „Unabhängigkeit“ von einem als fremd und autokratisch empfundenen Regime in Khartum. Für sie ist erst jetzt die Entkolonialisierung abgeschlossen, und so sehen es auch viele Afrikaner zwischen Nairobi und Kapstadt.

Der Graben zwischen Nord und Süd ist größer, als es lange Zeit im Ausland wahrgenommen wurde. Die Südsudanesen haben keine guten Erinnerungen an das 19. Jahrhundert. Unter der Herrschaft des ägyptisch-osmanischen Khedive (1821 bis 1881) fielen Sklavenjäger in ihre Siedlungsgebiete ein. Das von 1881 bis 1899 in Khartum herrschende Mahdi-Regime führte die Scharia im Südsudan ein und suchte die „Ungläubigen“ mit Feuer und Schwert zum Islam zu bekehren.

Während des anglo-ägyptischen Kondominiums (1899 bis 1955) wurde der Südsudan getrennt vom Norden verwaltet und weitgehend isoliert. So brauchten Nordsudanesen und Ausländer Sondergenehmigungen, wenn sie in die *closed districts* des Südens einreisen wollten. Englisch statt Arabisch war dort Verwaltungs- und Unterrichtssprache, und christliche Missionstätigkeit wurde gefördert, während dem Vordringen des Islam Einhalt geboten wurde. London investierte in strategische Regionen im Norden und schirmte die traditionell lebenden Südsudanesen von der modernen Welt ab. Obwohl es nicht alleinige Verwaltungsmacht war, plante Großbritannien gemäß einer Direktive von 1930, den Südsudan an seine ostafrikanischen Kolonien anzuschließen.

**London investierte während des anglo-sudanesischen Kondominiums in strategische Regionen im Norden und schirmte die traditionell lebenden Südsudanesen von der modernen Welt ab.**

Doch auf der Konferenz von Juba im Jahr 1947 vollzog die britische Regierung einen folgenschweren Kurswechsel: Fortan betrieb sie die Entlassung des Sudans in die Unabhängigkeit als einheitlicher Staat. Nun wurde auch die Entwicklung des zurückgebliebenen Südsudans in Angriff genommen. Mangels qualifizierter einheimischer Kräfte wurden nordsudanesische Beamte in den Süden geschickt. Sie förderten die Ausbreitung der arabischen Sprache und Kultur.

Die Südsudanesen waren auf der Konferenz von Juba nicht vertreten und wurden nicht nach ihrer Meinung gefragt. Viele von ihnen fürchteten eine Majorisierung und Überfremdung durch den Norden. Sie hofften auf die von der britischen Regierung in Aussicht gestellte föderative Ordnung, doch als der Sudan zum 1. Januar 1956 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, setzte sich der Nordsudan mit einem zentralistischen Staatsaufbau durch. Während der kommenden fünf Jahrzehnte versuchten die Machthaber in Khartum immer wieder, dem Land eine einheitliche Identität aufzuzwingen, zunächst unter arabisch-nationalistischen, dann unter arabisch-sozialistischen, schließlich unter arabisch-islamistischen Vorzeichen.

**Das bei der Unabhängigkeit gegebene Versprechen einer gleichmäßigen Entwicklung aller Landesteile wurde nicht eingehalten. Bis heute sind die Unterschiede immens.**

Auch wurde das bei der Unabhängigkeit gegebene Versprechen einer gleichmäßigen Entwicklung aller Landesteile nicht eingehalten. Bis heute sind die Unterschiede immens. 2006 besuchten im Bundesstaat Khartum 86,3 Prozent aller Kinder die Grundschule, in Sinnar 66,6 Prozent, in Süd-Kordofan 53,3 Prozent, in West-Darfur 46,4 Prozent. Noch schlechter steht der Süden da: So kam Zentral-Äquatoria mit der südsudanesischen Hauptstadt Juba auf 43,0 Prozent, das benachbarte Ost-Äquatoria nur auf 13,9 Prozent, das Schlusslicht bildeten die Bundesstaaten Northen Bahr el-Ghazal und Unity mit 5,7 Prozent bzw. 4,3 Prozent (Landesdurchschnitt 53,7 Prozent).<sup>2</sup>

Wie bereits in der Zeit des anglo-ägyptischen Kondominiums wurden Investitionen und Entwicklungsvorhaben im Dreieck Dongola/Sinnar/Kosti mit dem Großraum Khartum-Omdurman in seiner Mitte konzentriert. Noch 2005 propagierte der frühere Finanzminister Abdul Rahim Hamdi in einem Strategiepapier für die regierende National Congress Party (NCP) ein solches Vorgehen auch für die Zukunft.

Die politische und wirtschaftliche Elite des Sudans rekrutiert sich seit der Unabhängigkeit aus drei nördlich von Khartum ansässigen arabischsprachigen Bevölkerungsgruppen, den

2 | Summary Table of Findings. Sudan Household Health Survey (SHHS) and Millennium Development Goals (MDG) indicators, Sudan, 2006, [http://www.irinnews.org/pdf/pn/SHHS\\_report.pdf](http://www.irinnews.org/pdf/pn/SHHS_report.pdf) [20.01.2011].

Ja'aliyyin, Shaigiya und Danagla, die zusammen fünf Prozent der sudanesischen Bevölkerung stellen. So ist der 1989 durch einen Militärputsch an die Macht gekommene Staatspräsident Umar al-Bashir ein Ja'aliyyin, Vizepräsident Ali Osman Taha ein Shaigiya. Auch die langjährigen Führer der Oppositionsparteien in Khartum gehören diesen ethnischen Gruppen an. Die politisch-ökonomische Elite legitimiert ihre Vorrangstellung durch die angeblich „reine arabische Abstammung“, die Ja'aliyyin postulieren sogar eine Herkunft vom Stamm des Propheten Mohammed, den Quraysh.<sup>3</sup> Doch sind die meisten arabischsprachigen Bevölkerungsgruppen im Nord-sudan gemischt arabisch-afrikanischer Herkunft, wie auch optisch unschwer erkennbar.

**Hautfarbe und Religion sind im Sudan Kriterien für den Zugang zu Prestige, Macht und Ressourcen. An der Spitze der Gesellschaftspyramide stehen hellhäutige arabischsprachige Muslime.**

Hautfarbe und Religion sind im Sudan Kriterien für den Zugang zu Prestige, Macht und Ressourcen. An der Spitze der Gesellschaftspyramide stehen hellhäutige arabischsprachige Muslime, in der Mitte schwarzafrikanische Muslime, ganz unten schwarzafrikanische Christen und Animisten. Auch heute kommt es noch vor, dass Nordsudanese ihre schwarzafrikanischen Landsleute aus dem Süden mit diskriminierenden Ausdrücken wie *kufir* (Ungläubiger) oder *abid* (Sklave) provozieren.

Die Herrschaft einer kleinen Elite im Zentrum wurde durch Bündnisse mit lokalen Herrschern an der Peripherie sowie durch Kooptierung bzw. Korrumpierung einzelner Repräsentanten aus anderen Bevölkerungsgruppen abgesichert. Wenn nötig, schürte Khartum in peripheren Regionen Zwietracht und rekrutierte dort Hilfstruppen. Dabei machte es keinen großen Unterschied, ob Demokraten, Einparteienherrscher oder Generäle an der Macht waren.

Wie von skeptischen britischen Verwaltungsbeamten prophezeit, brach ein südsudanesischer Aufstand gegen den gemeinsamen Staat aus, und zwar bereits vor der Unabhängigkeit, im August 1955. Zunächst forderten die Rebellen ein föderatives System, später die Unabhängigkeit des Südsudans unter dem Namen Asania, der lateinischen

3 | Von den Südsudanese wird die ungeliebte Elite aus dem Norden nach ihren traditionellen arabischen Gewändern als die *jellaba* bezeichnet.

Bezeichnung für Ostafrika. Weitgehend auf sich gestellt, kämpften die Anya Nya („Schlangengift“) zäh gegen die weit überlegene Armee des Nordens. 1972 einigte man sich in Addis Abeba auf einen Friedensvertrag. Dem Südsudan wurde Autonomie mit eigener Regierung und eigenem Parlament zugestanden. Die Anya Nya wurden in die Armee eingegliedert.

Den Südsudanese brachten die siebziger Jahre eine kurze Phase des Friedens und der Entwicklung. Doch als sich der sozialistische Staatschef General Jaafar Mohammed al-Nimeiri 1977 mit der islamisch-konservativen Umma Party und den islamistischen Muslimbrüdern versöhnte, wurde der Graben zum Südsudan wieder vertieft. Mit der Aufkündigung der südsudanesischen Autonomie und der landesweiten Einführung der Scharia im Jahr 1983 brach erneut eine Rebellion aus. Das auch auf Nichtmuslime angewendete islamische Recht (Scharia) erstreckte sich nicht nur auf Alkoholverbot, Körperstrafen und Kleiderzwang, sondern reichte bis in das Erziehungswesen, die Landvergabe sowie die Wirtschaft und das Bankwesen.

**Mit der Aufkündigung der südsudanesischen Autonomie und der landesweiten Einführung der Scharia im Jahr 1983 brach erneut eine Rebellion aus.**

Das neuformierte Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) kämpfte auch gegen wirtschaftliche Großprojekte, die primär den Interessen des Zentrums dienten, Heimat und Lebensgrundlagen von ansässigen Menschen bedrohten oder ökologisch bedenklich waren: die Erschließung der südsudanesischen Ölvorkommen und den Bau des Jonglei-Kanals durch das große Sumpfbereich des Weißen Nils.

Nach dem islamistischen Militärputsch unter Führung von General Umar al-Bashir und des Chefideologen Scheich Hasan al-Turabi im Jahr 1989 wurde der Nord/Süd-Bürgerkrieg weiter brutalisiert. Die Machthaber in Khartoum verschärften die Bestimmungen der Scharia, riefen 1992 den „Heiligen Krieg“ gegen die „Ungläubigen“ aus und rekrutierten fanatisierte Jugendliche in ihre neu aufgestellte Hilfsmiliz mit dem Namen Popular Defence Forces (PDF). Sie weiteten den Krieg auf die Nubaberge in Süd-Kordofan nördlich der Nord/Süd-Trennlinie aus, wo die schwarzafrikanischen, überwiegend muslimischen Nuba

leben. Weil manche Nuba mit den aufständischen Südsudanese sympathisierten, erklärte ihnen Khartum kollektiv den Krieg und griff in den Nubabergen und im Südsudan zu denselben Mitteln wie später in Darfur: gewaltsame Umsiedlungen und Vertreibungen, Bombardierung von Zivilisten mit der Luftwaffe, systematische Aushungerung ganzer Regionen, Rekrutierung von Hilfsmilizen unter Aufforderung zu Plünderung und Vergewaltigung.

Die SPLM/A kämpfte nicht für die Unabhängigkeit, sondern für einen reformierten „Neuen Sudan“ – folgerichtig enthielt der Name der Befreiungsbewegung nicht die Bezeichnung „South“. Der SPLM/A-Führer John Garang de Mabior, ein Dinka aus dem Südsudan, hatte sich während einer Dozententätigkeit in Tansania dem Marxismus zugewandt und strebte einen sozialistischen, säkularen Sudan an, der allen Bürgern und Regionen gleichberechtigten Zugang zu Macht und Ressourcen garantierte. Für ethnisch-kulturellen Nationalismus hatte er kein Verständnis. Auch dachte er als früherer Oberst der sudanesischen Armee gesamtsudanesisch. Die Befreiungsbewegung führte er mit harter Hand. Abweichende Meinungen duldete er nicht. Viele seiner Anhänger setzten aber weiterhin auf die Unabhängigkeit, ebenso wie konkurrierende südsudanesische Befreiungsbewegungen.

**Der SPLM/A-Führer John Garang de Mabior dachte gesamtsudanesisch. Viele seiner Anhänger setzten aber weiterhin auf die Unabhängigkeit.**

Im Jahr 1995 verbündete sich die SPLM mit den verbotenen nordsudanesischen Oppositionsparteien und wurde Teil der National Democratic Alliance (NDA). Damit wurde sie auch zu einem Faktor in der nordsudanesischen Politik, wo sie nicht nur unter dort lebenden Südsudanese, sondern auch unter reformorientierten Nordsudanese Anhänger fand. Ab 1997 setzte die SPLM/A die Regierung mit einer zweiten Front im Osten unter Druck. Zusammen mit nordsudanesischen Widerstandsgruppen und Truppen des Nachbarlandes Eritrea kämpfte sie gegen die Regierung in Khartum.

Trotz der anlaufenden Ölförderung konnte sich der hoch verschuldete Sudan Ende der neunziger Jahre die immensen Kriegskosten von ein bis zwei Millionen US-Dollar pro Tag nicht mehr dauerhaft leisten. Auch gelangen der SPLA immer wieder erfolgreiche Guerillaattacken gegen

Ölfelder, Pipelines und Straßen. 1999 bot Staatspräsident Umar al-Bashir den Rebellen Friedensverhandlungen an, stellte sogar die Möglichkeit einer Sezession in Aussicht. Unter dem Schirm der Regionalorganisation Intergovernmental Authority on Development (IGAD) wurden im Jahr 2002 Friedensverhandlungen in Kenia aufgenommen. Unter Federführung der USA engagierte sich die internationale Gemeinschaft intensiv für einen Frieden, da die humanitären Folgen des Krieges katastrophal waren. Zwischen 1983 und 2005 kamen mehr als zwei Millionen Menschen um, und vier Millionen wurden vertrieben. Aufeinanderfolgende Protokolle zu Einzelfragen mündeten schließlich am 9. Januar 2005 in einem umfassenden Friedensabkommen, dem Comprehensive Peace Agreement (CPA). Der UN-Sicherheitsrat hatte den Abschluss auf einer spektakulären Sitzung vor Ort in Nairobi unterstützt (UNSR-Resolution 1574 vom 19. November 2004). Die UNO, die Afrikanische Union, die Arabische Liga, die EU, die IGAD, Ägypten, Italien, die Niederlande, Norwegen, Großbritannien und die USA unterzeichneten das Abkommen als Garanten. Eine friedensunterstützende militärisch-zivile Mission, die United Nations Mission in Sudan (UNMIS), wurde entsandt, um die Umsetzung während der Interimsphase in den Jahren 2005 bis 2011 zu unterstützen.

**Unter Federführung der USA engagierte sich die internationale Gemeinschaft intensiv für einen Frieden, da die humanitären Folgen des Krieges katastrophal waren.**

## **WIE DIE LANDESEINHEIT VERSPIELT WURDE**

Bei Aufnahme der Friedensverhandlungen im Jahr 2002 war die Landeseinheit noch eine aussichtsreiche Option. Beide Seiten, Garangs SPLM und die NCP von Präsident al-Bashir, favorisierten dieses Ziel, das auch den ökonomischen Realitäten Rechnung trug. Grundlage der Verhandlungen war die von den Konfliktparteien angenommene IGAD-Prinzipienerklärung vom 20. Juli 1994, die den Südsudanese das Recht auf Selbstbestimmung über ihren künftigen politischen Status in einer Volksabstimmung zugestand, jedoch die Einheit des Sudans zur Priorität erklärte und kein Sezessionsrecht erwähnte.

Verschiedene Faktoren führten dazu, dass das Ziel der Landeseinheit nach 2002 immer mehr in den Hintergrund trat und die Entwicklung schließlich unausweichlich auf



die Sezession des Südsudans zusteuerte. Am folgenreichsten war wohl die Weigerung der NCP-Regierung, die Scharia im Nordsudan aufzugeben – trotz der von ihr 1997 angenommenen IGAD-Prinzipienerklärung. Darin war ausgeführt worden: „Der Sudan ist eine multirassische, multiethnische, multireligiöse und multi-kulturelle Gesellschaft. Volle Anerkennung und Berücksichtigung dieser Unterschiede muss zugesichert werden. [...] Ein säkularer und demokratischer Staat muss im Sudan verwirklicht werden. Freiheit des Glaubens, des Bekenntnisses und der religiösen Handlungen ist allen Sudanesen in vollem Umfang zu gewähren. Staat und Religion müssen getrennt werden. Grundlage der Personen- und Familiengesetze können Religion und Tradition sein.“<sup>4</sup> Ungeachtet dessen setzte die NCP durch, dass die Scharia im Nordsudan wichtigste Rechtsgrundlage blieb und dort lebende christliche oder animistische Südsudanesen lediglich von ihrer Anwendung befreit wurden, und auch dies nur während der Interimsphase. Ohne Trennung von Religion und Staat war die Landeseinheit für die Südsudanesen aber keine attraktive Option mehr.

**Die NCP setzte im Friedensabkommen durch, dass die Scharia im Nordsudan wichtigste Rechtsgrundlage blieb. Ohne Trennung von Religion und Staat war die Landeseinheit für die Südsudanesen aber keine attraktive Option mehr.**

Das Recht auf Sezession hatte Garang bereits 2002 in einem ersten Abkommen verankern lassen – nicht weil er diese Lösung anstrebte, sondern weil er sich eine Ausstiegsoption offen halten wollte. Denn Garang misstraute Khartum wegen des früheren Bruchs von Zusagen und beharrte auf zwei effektiven Druckmitteln im CPA: dem Fortbestand seines militärischen Arms SPLA bis zum Ende der Interimsphase sowie dem Recht auf Sezession im abschließenden Selbstbestimmungsreferendum. Basierend auf der IGAD-Prinzipienerklärung bezeichnete jedoch der CPA-Eingangsartikel<sup>5</sup> 1.1 die Landeseinheit als Priorität für die Parteien, und in Artikel 1.5 verpflichteten diese sich dazu, historische bedingte Unterschiede in der Entwicklung

4 | Inter-Governmental Authority on Draught (damaliger Name der IGAD, MP): Declaration of Principles, 20.07.1994, Übers. d. Verf.

5 | The Comprehensive Peace Agreement Between The Government Of The Republic of The Sudan And The Sudan People's Liberation Movement/Sudan People's Liberation Army, Naivasha 09.01.2005. Die Rahmenbedingungen waren bereits am 26.05.2002 im sog. Machakos-Protokoll vereinbart worden, das Bestandteil des CPA wurde.

und Ressourcenverteilung auszuräumen, um die Einheit attraktiv zu machen.

Der tödliche Hubschrauber-Absturz von John Garang am 30. Juli 2005 nahm der Landeseinheit ihren stärksten Befürworter unter den Südsudanese. Sein Nachfolger und bisheriger Stellvertreter Salva Kiir Mayardit tendierte zur Trennung. Als sudanesischer Interims-Vizepräsident trat er kaum in Erscheinung, sondern konzentrierte sich auf sein Amt als Präsident des autonomen Südsudans.

In die Mehrparteien-Übergangsregierung in Khartum entsandte die SPLM ihre zweite Garde, entsprechend blieb deren Vorstellung. Angesichts der Schwäche der nord-

**Angesichts der Schwäche der nordsudanesischen Opposition war die von dem arabischsprachigen Muslim Yasir Arman geleitete SPLM-Nord eine aufstrebende Kraft.**

sudanesischen Opposition war die von dem arabischsprachigen Muslim Yasir Arman geleitete SPLM-Nord eine aufstrebende Kraft. Eine Allianz zwischen Südsudanese, marginalisierten Gebieten im Nordsudan und Oppositionellen in Khartum hätte ein anderes politisches Gewicht gehabt. Unvergessen ist der triumphale Empfang Garangs am 9. Juli 2005 in Khartum, wo er nach jahrzehntelanger Abwesenheit von Hunderttausenden Menschen aus dem Süden und Norden jubelnd begrüßt wurde.

Endgültig begraben wurde die Option der Landeseinheit durch die Politik der NCP in der Interimsperiode der Jahre 2005 bis 2011. Weder leitete sie die im CPA vorgegebene Demokratisierung ein noch ging sie die zugesagten landesweiten Entwicklungsprojekte an. Offenkundig war der NCP die Sicherung des Machterhalts im Nordsudan wichtiger als die Gewinnung der Südsudanese für die Landeseinheit. Auch vom Nachbarland Ägypten, einem engen Unterstützer Khartums und Befürworter der sudanesischen Einheit, wurde die Regierung al-Bashir jüngst gerügt: Sie habe es versäumt, die Einheit attraktiv zu machen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kann man es den Südsudanese kaum verdenken, dass sie mit überwältigender Mehrheit für die Sezession stimmten. Ihr Votum darf nicht allein mit dem Prestigedenken von SPLM-Politikern, nationalistischer Massenbegeisterung und (unrealistischen) Erwartungen hinsichtlich schneller ökonomischer Besserstellung erklärt werden – Faktoren, die natürlich auch eine Rolle spielten. Khartum hat in den vergangenen

sechs Jahren endgültig das Vertrauen der Südsudanesen verspielt. Deren Wunsch nach einem eigenen Staat zeigt das existenzielle Bedürfnis nach Anerkennung und Würde, die ihnen der Norden über viele Jahrzehnte versagt hat. Entsprechend emotional bewegt gingen die Südsudanesen zur Abstimmung.<sup>6</sup>

### VERLAUF UND AUSGANG DES REFERENDUMS

Das Referendum wurde von der Southern Sudan Referendum Commission (SSRC) organisiert, einer von der Regierung des Sudans und der Autonomieregierung des Südsudans unabhängigen Behörde. Stimmberechtigt waren gemäß dem Southern Sudan Referendum Act von 2009 mindestens 18-jährige Bürger „klaren Verstandes“. Sie mussten ein Elternteil aus einer der einheimischen ethnischen Gruppen im Südsudan nachweisen, die vor oder am 1. Januar 1956 im Südsudan ansässig waren, oder Vorfahren, die sich auf diese ethnischen Gruppen zurückführen. Außerdem waren diejenigen zugelassen, die selbst, deren Eltern oder Großeltern ohne Unterbrechung seit dem 1. Januar 1956 im Südsudan gelebt haben.

Abstimmungslokale wurden im Südsudan, im Nordsudan sowie in acht Staaten mit nennenswerter südsudanesischer Diaspora (Ägypten, Äthiopien, Australien, Kanada, Kenia, Uganda, USA, Vereinigtes Königreich) eingerichtet. Zur Wahl gestellt waren die Alternativen Einheit oder Trennung. Für ein gültiges Ergebnis mussten ein Quorum von mindestens 60 Prozent der registrierten Stimmberechtigten und mehr als 50 Prozent Zustimmung für eine der beiden Alternativen erreicht werden.

**Die Zahl im Nordsudan registrierter stimmberechtigter Südsudanesen war erstaunlich niedrig. Die Mehrheit zog es anscheinend vor, zur Abstimmung in den Süden zu reisen.**

Bei der Registrierung im Zeitraum 15. November bis 8. Dezember 2010 wurden über 3,7 Millionen Stimmberechtigte im Südsudan, 116.000 im Nordsudan und 60.000 im Aus-

land identifiziert. Angesichts von 1,5 bis zwei Millionen im Nordsudan lebenden Südsudanesen war die Zahl dort registrierter Stimmberechtigter erstaunlich niedrig. Die

6 | In Juba wird erzählt, dass ein des Lesens unkundiger Mann die Symbole auf dem Stimmzettel verwechselte und versehentlich für die Einheit stimmte. Einen Tag später soll er in seiner Verzweiflung Suizid begangen haben.

Mehrheit zog es anscheinend vor, zur Abstimmung in den Süden zu reisen, da sie Druck von Seiten der Regierung fürchtete. Damit war auch klar, dass es keine Inflationierung von Stimmberechtigten im Nordsudan gegeben hatte. Denn es war befürchtet worden, die Regierung in Khartum könne unter anderem durch Manipulation von Dokumenten versuchen, eine große Zahl von Einheitsbefürwortern einzuschleusen, die nicht aus dem Südsudan stammen.

Die Volksabstimmung fand vom 9. bis 15. Januar 2011 statt und verlief weitgehend friedlich. In- und ausländische Beobachtermissionen beurteilten den Prozess als „frei und fair“. Bereits nach drei Tagen war das Quorum von 60 Prozent erreicht. Die Wahlbeteiligung betrug 97,6 Prozent.

**In- und ausländische Beobachtermissionen beurteilten den Prozess als „frei und fair“. Bereits nach drei Tagen war das Quorum von 60 Prozent erreicht.**

Nach Auszählung aller Stimmen ergab sich eine überwältigende Mehrheit von 98,8 Prozent für die Trennung. Aus dem Rahmen fällt das Teilergebnis im Nordsudan: Hier stimmten nur 57,65 Prozent für die Trennung und 42,35 Prozent für die Einheit. Die Front verlief dort wahrscheinlich zwischen denjenigen Südsudanesen, die eine Rückkehr in die Heimat planen, und denjenigen, die im Nordsudan bleiben wollen und für den Fall der Sezession des Südens persönliche Nachteile fürchten. In der Tat drohen ihnen mindere Rechte, im schlimmsten Fall sogar Ausschreitungen und Vertreibungen, wie 1967 gegenüber den Ibos in Nordnigeria bei der Sezession Biafras.

Gemäß dem Southern Sudan Referendum Act müssen die Parteien bis zum Auslaufen des CPA alle strittigen Fragen des bilateralen Zusammenlebens klären. Dann kann am 9. Juli 2010 der selbständige Staat Südsudan gegründet werden.

## **WIE GEHT ES WEITER?**

International wird heftig darüber spekuliert, ob der Nordsudan die Abspaltung des Südens hinnehmen wird oder mit militärischen Mitteln zu verhindern sucht. Zwar hat sich der Nordsudan im Falle eines gültigen Votums zur Anerkennung der Sezession vertraglich verpflichtet, doch verliert er immerhin drei Viertel der Ölreserven. 2008 hatte das Öl laut IWF einen Anteil von 95 Prozent an den

sudanesischen Exporten und von 60 Prozent an den Regierungseinnahmen. Befürchtet wird ein militärisches Vorgehen Khartums, um die Abspaltung des Südens zu verhindern oder um sich zumindest einträgliche Ölfördergebiete südlich der Nord/Süd-Trennlinie zu sichern.

Doch ist der beste Zeitpunkt für eine Militärintervention bereits vorbei: Sie hätte aus Khartums Sicht vor dem Referendum stattfinden und es verhindern müssen. Ange-

**Die internationale Aufmerksamkeit ist momentan groß. Die USA sind bemüht, eine Eskalation zu verhindern, und umwerben Khartum mit einer Politik der Anreize und Drohungen.**

sichts der überwältigenden Legitimität für die Sezession würde sich der Norden mit einem solchen Vorgehen jetzt politisch völlig isolieren. Auch ist die internationale Aufmerksamkeit momentan groß. Die USA sind bemüht, eine Eskalation zu verhindern,

und umwerben Khartum mit einer Politik der Anreize und Drohungen. US-Präsident Barack Obama entsandte 2009 als Sonderbeauftragten General a.D. Scott Gration und als Botschafter Nathan Princeton Lyman, der bereits Südafrika in den Jahren 1992 bis 1995 von der Apartheid in die Demokratie begleitet hat und maßgeblich an der Erarbeitung eines Kompromisses zwischen Schwarz und Weiß beteiligt war. Die Afrikanische Union beauftragte ihr eigentlich für Darfur gegründetes African Union High-Implementation Panel (AUHIP) unter Führung des ehemaligen südafrikanischen Staatspräsidenten Thabo Mbeki mit der Unterstützung der Konfliktparteien bei der Ausarbeitung eines tragfähigen Arrangements nach dem Referendum. Die Vereinten Nationen entsandten ein dreiköpfiges Panel unter Leitung des früheren tansanischen Staatspräsidenten Benjamin William Mkapa, um das Referendum zu beobachten. Alle relevanten internationalen Akteure koordinieren seit Juli 2010 ihre Aktivitäten in einem Sudan Consultative Forum.

Staatspräsident Omar al-Bashir und andere hochrangige NCP-Politiker haben in den letzten Monaten immer wieder bekräftigt, dass sie ein Sezessionsvotum zwar bedauern, aber akzeptieren werden. Sie wissen, dass sie einen neuen Bürgerkrieg nicht gewinnen könnten. Eine militärische Intervention würde die Ölproduktion gefährden, da die SPLA in diesem Fall sicherlich umgehend zu Attacken gegen Förderanlagen und Ölleitungen greifen würde. Auch wenn es Projekte für eine Pipeline nach Kenia und eine Raffinerie in Uganda gibt, wird der Südsudan noch

auf lange Zeit auf die Raffinierung und Verschiffung des Öls im Nordsudan angewiesen sein. Eine ausgehandelte Beteiligung am Ölgeschäft dürfte daher für Khartum die attraktivere Option sein.

In der NCP hat sich wahrscheinlich die pragmatische Ansicht durchgesetzt, dass der Süden verloren und eine Konzentration auf den Machterhalt im Norden ratsam ist. Auch sind die US-amerikanischen Anreize attraktiv: Streichung von der Terrorliste, Aufhebung der Sanktionen, Unterstützung bei großzügigem Schuldenerlass. Der islamistische Flügel der Partei sieht in der Abspaltung des Südens zudem eine Chance, die Durchsetzung der Scharia im Nordsudan zu intensivieren.

**Der islamistische Flügel der NCP sieht in der Abspaltung des Südens eine Chance, die Durchsetzung der Scharia im Nordsudan zu intensivieren.**

Khartum wird in den kommenden Monaten hart verhandeln und dabei Druckmittel wie den ungelösten Konflikt um die Region Abyei nicht scheuen, um maximale Konzessionen bei den Trennungsverhandlungen durchzusetzen. Es geht um die Aufteilung staatlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, internationale Verträge, den genauen Verlauf der Grenze, die Aufteilung der wirtschaftlichen Ressourcen, Staatsbürgerschaftsfragen, die Rechte der jeweiligen Minderheiten und die Regelung der Bewegungsfreiheit.

Wenn das internationale Engagement nachgelassen hat, könnte Khartum dazu übergehen, den Südsudan nach gewohnter Manier unter Druck zu setzen, z.B. durch gezielte Destabilisierung. Einen Tag vor Beginn des Referendums äußerte Staatspräsident al-Bashir in einem Interview gegenüber al-Jazeera, dass der Südsudan weder ausreichende Kapazitäten habe, für seine Bürger zu sorgen, noch die Fähigkeit, einen Staat und eine Verwaltung zu begründen.<sup>7</sup> In Juba wurden diese Worte als unverhohlene Drohung verstanden.

Gefährlichster Brandherd ist derzeit die nördlich der Nord-Süd-Trennlinie gelegene Region Abyei. Hier war gemäß dem CPA am 9. Januar 2011 ein gesondertes Referendum über die Zugehörigkeit der Region zum Nord- oder Südsudan

7 | „Bashir doubts south’s viability“, *al-Jazeera*, 08.01.2011, <http://english.aljazeera.net/news/africa/2011/01/2011171839053529> [20.01.2011].

vorgesehen, eine der Bevölkerung von Abyei schon seit Jahrzehnten versprochene Entscheidung. Doch kam zwischen den Parteien keine Einigkeit über die Stimmberechtigten zustande, weswegen das Parallelreferendum für unbestimmte Zeit ausgesetzt wurde. Überwiegend ist Abyei von schwarzafrikanischen Ngok Dinka besiedelt, die die SPLM unterstützen und zum Südsudan tendieren. Zu bestimmten Zeiten ziehen arabischsprachige Misserya-Nomaden zu Weideplätzen in Abyei. Von Khartum bestärkt, glauben viele Misserya, dass ihnen dieses Recht bei einem Anschluss der Region an den Südsudan verweigert würde. Die NCP-Regierung stützt den Anspruch der Misserya, bei dem Referendum in großer Zahl mitstimmen zu dürfen, was die Ngok Dinka strikt ablehnen.

Die Grenzen Abyeis wurden im Juli 2009 durch einen von beiden Seiten gesuchten Haager Schiedsspruch festgelegt. Er fiel für Khartum vergleichsweise günstig aus: ein Gebietsstreifen inklusive zweier einträglicher Ölfelder (Heglig und Bamboo) wurden dem Nordsudan zugesprochen. Im verbleibenden Territorium liegt das Diffra-Ölfeld. Dennoch distanzieren sich NCP-Vertreter in jüngster Zeit

**Möglicherweise werden die beiden Parteien nun anstelle eines Referendums eine Kompromisslösung in Abyei suchen. An dieser Streitfrage könnte sich aber auch ein neuer Nord-Süd-Konflikt entzünden.**

auch von diesem Schiedsspruch und suchen anscheinend die gesamte Region beim Nordsudan zu halten. Im Mai 2008 waren in Abyei nach schweren Kämpfen zwischen Armee und SPLA Dutzende Tote sowie 60.000 Vertriebene zu beklagen, der gleichnamige Hauptort wurde völlig zerstört. Es war der schwerste Bruch des Waffenstillstandsabkommens. Zum Jahreswechsel 2010/11 und auch noch während des Referendums kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Ngok Dinka und Misserya. Durch ein eilends vermitteltes Abkommen ist vorerst Ruhe eingekehrt. Möglicherweise werden die beiden Parteien nun anstelle eines Referendums eine Kompromisslösung in Abyei suchen. An dieser hoch emotionalisierten Streitfrage könnte sich aber auch ein neuer Nord-Süd-Konflikt entzünden, zumal die involvierten Bevölkerungsgruppen schwer bewaffnet und nur bedingt von Khartum und Juba aus kontrollierbar sind.<sup>8</sup>

8 | Volatil ist die Situation auch in den beiden nördlich der Grenze liegenden Gebieten Süd-Kordofan und Blue Nile. Hier sind gemäß dem CPA keine Abstimmungen über die Zugehörigkeit zum Südsudan oder Nordsudan zugelassen, sondern lediglich ▶

Durch die Aufteilung des Sudans in zwei Staaten kommt auch eine mittelfristige Dynamik in Gang. Im Südsudan wird die Unabhängigkeitseuphorie bald verfliegen sein und die Alltagsrealität Einzug halten. Die gemeinsame südsudanesische Identität erschöpft sich bisher in der Ablehnung des arabisch-islamischen Nordens. Bezeichnenderweise bestand während des Referendums noch keine Einigkeit über den Namen des neuen Staates. Hier leben über 200 unterschiedliche ethnische Gruppen. 2009 kam es im Südsudan zu zahlreichen örtlichen bewaffneten Konflikten, oft um Land oder Wasser, mit 2.500 Toten und rund 350.000 Flüchtlingen und Vertriebenen – mehr Opfern als im gleichen Zeitraum im Darfur-Konflikt. In den neunziger Jahren hatte der Gegensatz zwischen den beiden größten ethnischen Gruppen, den in der SPLM dominierenden Dinka und den Nuern, zu einem heftigen innersüdsudanesischen Bürgerkrieg geführt. SPLM-Führer Salva Kiir hat in den letzten Jahren allerdings geschickt taktiert und rivalisierende Gruppen und Dissidenten eingebunden. Ein kluger Schachzug der SPLM war es auch, nicht die Dinka-Metropole Rumbek, sondern das im Einzugsgebiet kleinerer Ethnien (Bari, Makaraka, Nyanwara, Pajulu) liegende Juba zur Hauptstadt des Südsudans zu erheben. Nichtsdestoweniger wird es für die Regierung eine große Herausforderung sein, den heterogenen Staat zusammenzuhalten.

**Ein kluger Schachzug der SPLM war es, das im Einzugsgebiet kleinerer Ethnien liegende Juba zur Hauptstadt des Südsudans zu erheben.**

Der Südsudan ist noch kaum entwickelt und in weiten Teilen kriegszerstört, die Bevölkerung bitterarm. UNDP machte im September 2010 unter der Überschrift „Scary Statistics – Southern Sudan“ auf die immensen Herausforderungen aufmerksam. So leben 50,6 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem US-Dollar täglich. 4,3 Millionen Menschen sind auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Eine von sieben werdenden Müttern stirbt während der Schwangerschaft oder Geburt. Über 50 Prozent der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, nur 6,4 Prozent stehen zufrieden stellende Toiletten zur Verfügung. 92 Prozent der südsudanesischen Frauen können

unverbindliche „Volksbefragungen“ über den künftigen Status im Nordsudan. Bei dort lebenden Schwarzafrikanern wie den Nuba genießt die SPLM große Unterstützung. Sie könnten versucht sein, Gebiete einseitig dem Südsudan anzuschließen.



weder lesen noch schreiben und weniger als 50 Prozent der Kinder schließen die fünfjährige Grundschule ab.<sup>9</sup>

Qualifizierte Fachkräfte sind bislang kaum vorhanden, und die Beamten aus dem Nordsudan werden das Land verlassen. Leihbeamte aus Nachbarstaaten sollen nun Lücken stopfen und „Ausbildung am Arbeitsplatz“ betreiben. Durch den reichlichen Zufluss von Öleinnahmen und Entwicklungshilfe ist die Korruption in Juba in den letzten Jahren stark gestiegen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die südsudanesischen Autonomieregerung der Jahre 1972 bis 1983 von Streit, Ineffizienz und Korruption geprägt war.

Bis auf Weiteres kann die SPLM vom Nimbus der erfolgreichen Befreiungsbewegung profitieren und genießt überwältigende Zustimmung, wie die Wahl Salva Kiirs mit 93 Prozent zum südsudanesischen Präsidenten im April 2010 zeigte. Die SPLM steht vor der Herausforderung, den Übergang von der Befreiungsbewegung zur demokratischen Partei zu vollziehen und auch künftigen Mitbewerbern Chancengleichheit einzuräumen. Sollten sich die inneren Probleme des Staates verschärfen, könnte die Regierung versucht sein, Spannungen nach außen abzulenken und die Konfrontation mit dem Nordsudan oder anderen Nachbarstaaten zu suchen. Sicherlich ist der Südsudan „kein gescheiterter Staat in der Entstehung“, wie manche Beobachter es vorschnell postulieren. Doch steht seine Bewährungsprobe noch aus.

**Die SPLM steht vor der Herausforderung, den Übergang von der Befreiungsbewegung zur demokratischen Partei zu vollziehen und auch künftigen Mitbewerbern Chancengleichheit einzuräumen.**

Im Nordsudan bringt der Verlust des Südsudans Präsident al-Bashir und die NCP in die Defensive. Da das CPA exklusiv zwischen der NCP und der SPLM/A ausgehandelt wurde, tragen die Oppositionsparteien keine Verantwortung. Nun können sie der NCP den Ausverkauf des Landes vorwerfen. Mit dem Auslaufen des CPA wird der durch den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes unter Druck gesetzte und in einer massiv manipulierten Wahl im April 2010 wiedergewählte Präsident al-Bashir den Rest internationaler Legitimität verlieren.

9 | UNDP, „Scary Statistics – Southern Sudan September 2010“, <http://unsudanig.org/docs/APPROVED%20High%20Level%20Scary%20Statistics%20-%20Southern%20Sudan.doc> [20.01.2010].

Zwei Lager ringen derzeit in der NCP um die künftige Kursbestimmung. Die Pragmatiker propagieren ökonomische Reformen, um die Wirtschaft auf eine neue Grundlage zu stellen, sowie eine vorsichtige Öffnung des politischen Systems, um das derzeitige Klima internationalen Wohlwollens zu nutzen und aufkommenden Widerständen im Innern die Grundlage zu entziehen. So wurden Darfur Entwicklungsprojekte in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt. Hingegen setzen Hardliner und Islamisten auf kompromisslose Härte gegenüber Oppositionellen und Rebellen.

Letztere scheinen momentan die Oberhand zu haben. So wurde am 24. Dezember 2010 die Oppositionspolitikerin Mariam Sadiq al-Mahdi zusammen mit Mitgliedern ihrer Umma Party von Polizisten verprügelt, gefolgt von ihrer Festnahme am 10. Februar. Am 18. Januar 2011 wurden der islamistische Oppositionspolitiker Scheich Hasan al-Turabi, der sich 1999 mit der NCP überworfen hatte, und weitere Mitglieder seiner Popular Congress Party (PCP) wegen angeblicher Attentats- und Sabotagepläne verhaftet. Präsident al-Bashir kündigte an, dass die im Norden verbleibenden Südsudanesen im Fall einer Sezession nicht im Staatsdienst bleiben könnten. Ihnen werde weder die sudanesishe Staatsbürgerschaft noch eine Doppelstaatsbürgerschaft zugestanden. Die Übergangsverfassung werde geändert werden. Dann seien der Islam und die Scharia alleiniges Fundament einer neuen Verfassung, Arabisch die einzige Amtssprache. Von einer Diversität der Kulturen und Ethnien könne fortan keine Rede mehr sein.<sup>10</sup>

**Präsident al-Bashir kündigte an, dass die im Norden verbleibenden Südsudanesen im Fall einer Sezession nicht im Staatsdienst bleiben könnten.**

Die unter Druck geratene NCP könnte versucht sein, die antiwestliche Karte zu spielen, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. So klagte Außenminister Ahmed Ali Karti im September 2010, der Westen und die USA wollten den Sudan teilen, um dem arabischen und islamischen Lager Schaden zuzufügen. In Khartum kleben Propagandaplakate, die zeigen, wie der Südsudan von den USA und der EU aus dem Staatsverband herausge-

10 | „Islamic law in Sudan if south secedes: Bashir“, *Gulf Times*, Doha, 20.12.2010, [http://gulf-times.com/site/topics/article.asp?cu\\_no=2&item\\_no=405481&version=1&template\\_id=37&parent\\_id=17](http://gulf-times.com/site/topics/article.asp?cu_no=2&item_no=405481&version=1&template_id=37&parent_id=17) [20.01.2011].

schnitten wird und Israel als reife Frucht in den Schoß fällt. In der arabischen und islamischen Welt finden solche Thesen teilweise Anklang. So vermutet der regierungsnaher iranische Journalist Hassan Hanizadeh hinter der Sezession des Südsudans ein Komplott Großbritanniens und der USA zur Verkleinerung der islamischen Welt und Etablierung einer israelischen Präsenz.<sup>11</sup> Doch gibt es auch besonnenere Stimmen. Die in London erscheinende saudische Zeitung *Asharq al-Awsat* kommentierte Kartis Anschuldigungen mit den lakonischen Worten: „Landeseinheit hat keine Zukunft, da die Wunde Südsudan größer ist als das zur Verfügung stehende Verbandsmaterial.“<sup>12</sup>

**Durch die erfolgreiche Sezession werden auch die Darfur-Rebellen Auftrieb erhalten. Wahrscheinlich werden sie den bewaffneten Widerstand verstärken und ihre Forderungen erhöhen.**

Durch die erfolgreiche Sezession des Südsudans werden auch die Darfur-Rebellen Auftrieb erhalten. Wahrscheinlich werden sie ihren bewaffneten Widerstand verstärken und ihre Forderungen erhöhen, vielleicht sogar eine separatistische Agenda übernehmen. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass ein südsudanesischer Staat kein historisches Vorbild hat. Hingegen bestand von ca. 1650 bis 1916 ein eigenständiges Sultanat Darfur. Freilich pflegten die Darfuris traditionell enge Verbindungen nach Khartum. Die stärkste Rebellenbewegung, das Justice and Equality Movement (JEM), verfügt über gute Kontakte zur PCP und zur Umma Party. Die NCP-Regierung demonstriert derzeit auch im Darfur-Konflikt Härte. Zum Jahresende 2010 verließ sie die Friedensverhandlungen in Doha (Katar) und intensivierte ihre Militäroperationen gegen Rebellen inklusive Bombardierungen von Dörfern aus der Luft. Die auf den Südsudan gerichtete internationale Aufmerksamkeit erleichtert es derzeit allen Konfliktparteien in Darfur, die Kriegsanstrengungen zu verstärken.

Der Verlust des Südsudans ist für den Nordsudan Alarmzeichen und Chance zugleich. Weitere Destabilisierung und Desintegration könnte durch die gerechte Beteiligung peripherer Regionen an der Macht und den Ressourcen sowie durch die Erweiterung demokratischer Teilhabe aufgehalten

11 | Hassan Hanizadeh, „British hands behind Sudan referendum“, Teheran, 08.01.2010, <http://mehrnews.com/en/newsdetail.aspx?NewsID=1227710> [20.01.2011].

12 | Tariq Alhomayed, „Sudan: Crying over Spilt Milk“, *Asharq al-Awsat*, London 28.09.2010, Übers. d. Verf., <http://aawsat.com/english/news.asp?section=2&id=22484> [20.01.2011].

werden. Sollte das Regime aber auf eine kompromisslose Politik des Machterhalts setzen, wird das Land nicht zur Ruhe kommen. Denn auch der Nordsudan ist nicht ethnisch-kulturell homogen. Zwar sind die arabischsprachigen Bevölkerungsgruppen dort in der Mehrheit, stellen aber lediglich ca. 55 Prozent der Bevölkerung. Selbst in religiöser Hinsicht ist Diversität zu konstatieren: Eine übergroße Mehrheit der Nordsudanesen gehört dem Islam an, doch nicht alle Muslime folgen dem von der NCP oktroyierten Religionsverständnis.

Derzeit sitzt die Regierung aufgrund ihrer Kontrolle der Sicherheitskräfte und der ökonomischen Ressourcen noch fest im Sattel. Die Opposition ist finanzschwach, ideenarm und gespalten. Doch werden mit dem erheblichen Rückgang der Öleinnahmen die Mittel für das Patronagesystem zurückgehen. Die Regierung musste bereits die Subventionen für Benzin und Zucker kürzen. Ein Bündnis nordsudanesischer Oppositionsparteien – SPLM-Nord, PCP, Umma Party, Democratic Unionist Party, Communist Party – mit Rebellen- und Oppositionsgruppen an der Peripherie könnte die NCP mittelfristig in Schwierigkeiten bringen. Hierfür ist es allerdings auch nötig, dass die nordsudanesischen Oppositionsparteien mehr Verständnis für die Bedürfnisse der Peripherie entwickeln.

Die langfristigen Folgen der Sezession des Südsudans können zum jetzigen Zeitpunkt allenfalls mit einiger Vorsicht abgeschätzt werden. Das wichtigste Brückenland zwischen dem schwarzafrikanischen und (arabisch-)islamischen Afrika hört auf zu existieren. Zweifelsohne wird sich damit die etwa entlang des 12. Breitengrades quer durch den Kontinent verlaufende Trennlinie verstärken. Damit könnten Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen in anderen Staaten wie dem Tschad, Niger, Nigeria oder Mauretanien verschärft werden.<sup>13</sup>

**Das wichtigste Brückenland zwischen dem schwarzafrikanischen und (arabisch-)islamischen Afrika hört auf zu existieren.**

13 | AU-Vermittler Thabo Mbeki sucht dem Eindruck entgegenzuarbeiten, dass sich der „afrikanische“ Südsudan vom „arabischen“ Nordsudan trennt. Deziert bezeichnete er im Januar 2011 in einer Rede an der Universität Khartoum den gesamten Sudan als afrikanisches Land, den Islam als Teil Afrikas. Speech by Thabo Mbeki, Chairperson of the AUHIP, for the University of Khartoum. Friendship Hall, 05.01.2011, <http://thabombeki.foundation.org.za/files/downloads/speech-thabo-mbeki-friendship-hall-khartoum-january5-2011.pdf> [20.01.2011].

Die Abtrennung des „christlichen“ Südsudans bringt den Sudan in das Fadenkreuz internationaler Dschihadisten. Bereits jetzt sind Ableger und Verbündete von al-Qaida im Sahelraum (Algerien, Mauretanien, Mali, Niger), in Ägypten und Somalia aktiv. In den neunziger Jahren gab es Verbindungen zwischen der Regierung in Khartum und islamistischen Terrorgruppen, weswegen vorübergehend UNO-Sanktionen gegen den Sudan verhängt wurden. Osama bin Laden genoss von 1991 bis 1996 in Khartum Exil. Im Oktober 2008 drohte eine Gruppe mit dem Namen Al-Qaeda in the Land of the Two Niles westlichen Ausländern im Sudan mit Anschlägen. Zuvor war ein US-Diplomat in Khartum erschossen worden. Die NCP-Regierung hat sich allerdings seit Ende der neunziger Jahre vom Terrorismus abgewandt, und der spirituell geprägte Islam der nordsudanesischen Bevölkerung ist wenig empfänglich für dschihadistische Ideen.

Das ohnehin labile regionale Gleichgewicht im Nordosten Afrikas wird durch die Teilung des Sudans gestört und muss neu austariert werden. Sollte es in den beiden Nachfolge-

**Folgewirkungen in der Region und in anderen Teilen Afrikas können nicht ausgeschlossen werden, auch wenn die Politiker derzeit bemüht sind, die Singularität des Falles Südsudan zu postulieren.**

staaten zu Destabilisierung bzw. Desintegration kommen, werden benachbarte Mächte wie Äthiopien, Eritrea, Ägypten, Libyen, Uganda und Kenia bemüht sein, das Vakuum zu besetzen. Dabei besteht die Gefahr eines Regionalkrieges.

Folgewirkungen auf Sezessionsbewegungen in der Region (Oromia, Ogaden, Somaliland) und in anderen Teilen Afrikas können nicht ausgeschlossen werden, auch wenn die Politiker derzeit bemüht sind, die Singularität des Falles Südsudan zu postulieren. Größtes Stabilitätsrisiko wäre eine territoriale Desintegration Nigerias, der nach Südafrika bedeutendsten Regionalmacht in Subsahara-Afrika.

Die internationale Gemeinschaft steht im Sudan vor einer ihrer größten Herausforderungen. Sie hat die Herkulesaufgabe, den unterentwickelten Südsudan beim schwierigen Aufbau des Staates politisch und ökonomisch zu unterstützen. Gleichzeitig darf sie den Nordsudan nicht aus dem Auge verlieren, sondern muss dort engagiert reformorientierte Kräfte unterstützen. Wünschenswert für die kommenden Jahre wäre die Entsendung einer UNMIS-

Folgemission, zu deren wichtigsten Aufgaben die Überwachung einer demilitarisierten Pufferzone entlang der neuen zwischenstaatlichen Grenze und die Unterstützung der Staatlichkeit im Norden und im Süden gehören sollte.